

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1919**

265 (11.6.1919) Mittagausgabe



# Badische Presse

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.  
Weitans größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Redaktion  
Telef. Nr. 309.

Eigentum und Verleger von  
Verd. Biermann.  
Chefredakteur: Albert Gerson.  
Verantwortl. für allem. Redakt. u.  
Druck: Ant. Hubert, Bad. Post-  
amt, Postfach 11. alle. Zeit. u. Anz.  
v. Baden, Bad. Chronik, Bad. Anz.  
u. Bad. Anzeiger, für den Anzeiger:  
H. Hubert, alle in Karlsruhe.  
Berliner Vertriebsstelle: Berlin W. 10.

Anzeigen: Die Spalt. Nonparell-  
zeile 20 J. Die Spalt. 1.50 J.  
Resten am 1. Sept. 1.75 J. die Zeile.  
außerdem 20% Lezungsabzug.  
Für Platzverträge und für die  
Kaufmann kann seine Gewähr über-  
nommen werden.  
Bei Wiederholungen kürzester Rabatt, bei  
Rückstellungen des Heftes, bei reichl.  
Retirungen u. Kontrahen außer Kraft tritt.

Seitens-Preise:  
Karte A (ohne Illustr. Weltkriege:  
in Karlsruhe: Im Verlage und in  
den Zweigstellen abgekauft monatlich  
1.50, frei ins Haus geliefert 1.60.  
Karte B: bei Abholung am Post-  
amt 1.50, durch den Brief-  
träger täglich 2 mal ins Haus 1.60.  
Karte C (mit Illustr. Weltkriege):  
in Karlsruhe: Im Verlage und in  
den Zweigstellen abgekauft monatlich  
1.70, frei ins Haus geliefert 1.80.  
Karte D: bei Abholung am Post-  
amt 1.58, durch den Brief-  
träger täglich 2 mal ins Haus 1.62.  
Einsel-Nummer 10 Pf.

Geschäfts-Verkehr:  
Druck- und Samml.-Gese. n.ö.ö.  
Karlstr. 10 und 11.  
Postfach-Nr.: Karlsruhe Nr. 8359.

Geschäfts-Verkehr:  
Telef. Nr. 83.

Nr. 265.

Karlsruhe, Mittwoch den 11. Juni 1919.

35. Jahrgang.

## Der Staatsgerichtshof.

— Berlin, 10. Juni. Der Staatenausschuss hat, wie schon kurz  
gemeldet, den Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines  
Staatsgerichtshofes angenommen. Danach bildet die Na-  
tionalversammlung aus ihrer Mitte einen Ausschuss  
von 15 Mitgliedern zur Untersuchung der Vorgänge in  
der politischen und militärpolitischen Leitung des  
Reichs, die zum Ausbruch, zur Verlängerung oder zum  
Beendigung des Krieges beigetragen haben. Die Reichs-  
regierung hat dem Ausschuss die von ihm bezeichneten Urkunden und  
Akten zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlungen des Ausschusses  
sind nicht öffentlich. Eine Vernehmung von Beschuldigten, Zeugen  
oder Sachverständigen findet nicht statt.  
Sämtliche Mitglieder des Ausschusses sind, die vermöge ihrer Stellung  
im öffentlichen Leben in der Lage sind, Einfluss auf die  
Politik des Reichs zu nehmen, für verdächtig, zu dem Ausbruch,  
zur Verlängerung oder zum Beendigung des Krieges schuldhaft beigetragen  
zu haben, so eröffnet er gegen sie das Verfahren vor dem  
Staatsgerichtshof. Jeder Deutsche kann bei dem Unter-  
suchungsausschuss die Errichtung des Verfahrens vor dem Staatsgerichtshof  
gegen sich selbst beantragen.  
Der Staatsgerichtshof wird bei dem Reichsgericht gebildet.  
Er besteht aus 15 — fünfzehn — Mitgliedern mit Einschluß des Vor-  
sitzenden. Vorsitzender ist der Präsident des Reichsgerichts, Beisitzer  
sind die Präsidenten des Reichsmilitärgerichts, des Preussischen Ober-  
verwaltungsgerichts, des Bayerischen Obersten Landesgerichts und  
des Oberlandesgerichts Hamburg. Die 5 Gerichtspräsidenten werden  
im Falle der Behinderung durch ihre amtlichen Stellvertreter ersetzt.  
Die übrigen 10 Beisitzer und ihre 10 Stellvertreter werden je zur  
 Hälfte von der Nationalversammlung und vom Staatenausschuss ge-  
wählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der nicht Mitglied einer der beiden  
Körperschaften ist.  
Die Mitglieder des Staatsgerichtshofes sind ehrenamtlich  
tätig. Sie haben bei Dienstreisen außerhalb ihres Wohnortes  
Anspruch auf Erlass ihrer Auslagen.  
Der Spruch des Staatsgerichtshofes ergeht auf Grund einer öf-  
fentlichen und mündlichen Verhandlung. Zu der Verhandlung  
ist der Beschuldigte zu laden; bleibt er aus, so kann ohne ihn  
verhandelt oder seine Verurteilung verfügt werden. Der Beschuldigte  
kann sich in jeder Lage des Verfahrens eines Verteidigers  
bedienen. Mit seiner Zustimmung kann der Beschuldigte wie  
ein Zeuge vernommen und bezeugt werden.  
Am Spruch des Staatsgerichtshofes ist festzustellen,  
ob die zur Verantwortung gezogene Person ein Verschulden  
trifft, ob ein solches Verschulden nicht erwiesen oder ob die  
Strafbarkeit erwiesen ist.  
Der Staatsgerichtshof hat seinen Spruch schriftlich niederzulegen  
und mit Gründen zu versehen. Die Reichsregierung hat den Spruch  
zu veröffentlichen. Gegen den Spruch findet kein Rechtsmittel statt.  
Das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof ist kostenfrei. Dem  
Schuldigen können die baren Auslagen ganz oder zum Teil aufzuerlegen  
werden.  
In dem dem Gesetz beigegebenen Begründung heißt es:  
Die Frage der Schuld an dem Unglück, das über Deutsch-  
land hereingebrochen ist, bewegt das deutsche Volk aufs tiefste. Das  
Volk fordert Aufklärung, durch welche Schuld der Krieg  
verursacht wurde, warum er nicht früher beendet worden ist und ob sich  
eine verheerliche Folgen nicht ganz oder teilweise hätten abwenden  
lassen. Diese Fragen erschöpfend zu beantworten, ist letzten Endes  
die Aufgabe der Geschichtsschreibung; ein Gerichtshof  
kann heute zu den Fragen jedenfalls nur dann ein abschließendes Ur-  
teil abgeben, wenn ihnen die Archive aller am Krieg beteilig-  
ten Völker und die Auslagen ihrer Staatsmänner  
und Heerführer zur Verfügung stehen. Befehle von der re-  
bellen Weisheit, der Wahrheit zu dienen, der Mittel nichts vorzuzie-  
hen, die die Schuldigen nicht zu schonen, hat die Reichsregierung  
trotzdem versucht, die Einsetzung einer internationalen Un-  
tersuchungskommission mit weitgehenden Befugnissen zur  
Untersuchung des Tatbestandes zu erwirken. Der Plan ist aber bei  
unseren Gegnern auf entschiedene Ablehnung gestoßen.  
Die Reichsregierung hält sich gleichwohl nach wie vor  
an dem veralteten, was an ihr liegt, zu tun, um die Wahrheit an's  
Licht zu bringen. Sie hat sich entschlossen, der Nationalver-  
sammlung als der Trägerin der Volkssouveränität die Einsetzung  
eines Untersuchungsausschusses vorzuschlagen, um die Ereignisse zu  
untersuchen, die zu dem Zusammenbruch Deutschlands geführt haben. Der  
Ausschuss soll prüfen, ob Deutsche, die vermöge ihrer  
Stellung im öffentlichen Leben Einfluss auf jene Entwicklung der  
Verlängerung und dem Verlust des Krieges schuldhaft beigetragen  
haben. Ist so der Nationalversammlung in gewissem Sinne die Rolle  
des politischen Anklägers zugewiesen, so erfolgt die endgültige Ent-  
scheidung über die Schuldfrage durch einen Gerichtshof, der dem po-  
sitiven Gewissen verantwortlich, unparteiisch Recht sprechen wird.  
Die Zusammenlegung des Gerichtshofes aus höchsten Richtern des  
Reichs und Vertrauenspersonen der Nationalversammlung und des  
Staatenausschusses entspricht der Bedeutung der Aufgabe, die ihm  
zugeteilt ist. Um die volle Unabhängigkeit des Staatsgerichtshofes  
zu gewährleisten, ist bestimmt, daß Mitglieder dieser beiden Körperschaften  
über die Entscheidung über die Schuldfragen nicht mitwirken dürfen.

## Die den Abänderungen des Friedensvertrages.

— Paris, 10. Juni. Die für gestern in Aussicht gestellte  
Beratung der Arbeiten des Vierzehnten ist nicht  
angeht. Bezeichnend für die Lage ist ein scharfer Leitartikel des  
„Eclair“ gegen Clemenceau's Politik. Nicht weniger  
England dafür verantwortlich macht, daß jetzt im letzten Augenblick  
die Grundzüge des Friedensentwurfes der Alliierten geoffenbar  
worden. Das Blatt wendet sich namentlich dagegen, daß Deutsch-  
land in den Völkerbund aufgenommen werden soll und daß die  
Verträge nicht einseitig vor ihm, sondern von allen Mitgliedern des  
Bundes verlangt werden soll.  
Auch „Le Cour“ stellt fest, daß die Verhandlungen über die Ab-  
änderung der deutschen Gegenentwürfe in ein Stadium getreten sind,  
wasmöglichst prüfen wolle, könne man diese Arbeit nicht einmal in  
den nächsten Tagen vollenden.  
Es ist demnach „Newport Herald“ in seiner Pariser Ausgabe  
deshalb, daß der Vierzehnte in eine Sackgasse geraten sei.  
Man findet man die Äußerungen der heutigen Morgenpresse zum  
Völkerbund, und zwar hervorgerufen durch das englische

Vorgehen Lord Robert Cecil's, 2. über die Ostgrenze und 3. über  
die Frage der Wiedergutmachung, im Zusammenhang damit  
aber auch über die Zuständigkeit des Wiedergutmachungsausschusses.  
Es wäre müßig, irgendwelche Voraussetzungen zu geben. Es wird  
sich heute zeigen müssen, ob der eingeleitete Ausschuss die Berichte vor-  
legt und ob der Vierzehnte, wie angenommen wird, noch im Laufe  
dieser Woche dazu kommen wird, die in seinem Schoße vorhandenen  
Meinungsverschiedenheiten auszugleichen.  
Der „Temps“ meldet, daß der Vierzehnte, der in seinen  
vorhergehenden Sitzungen eine allgemeine Gesamtprüfung des deut-  
schen Gegenentwurfes vorgenommen hatte, heute vormittag die Prü-  
fung der von den verschiedenen Ausschüssen vorgelegten Be-  
richte über die einzelnen Fragen des deutschen Gegenentwurfes  
begonnen und gestern nachmittag fortgesetzt hat. Eine Anzahl dieser  
Berichte sind zwar gerade die wichtigsten ist noch nicht überreicht. Es  
handelt sich über die Berichte der Ausschüsse über die territorialen  
Fragen (Grenzen Deutschlands mit Belgien und Schleswig),  
für die Ostgrenzen Deutschlands, für wirtschaftliche  
Fragen, Häfen und Schiffsfahrtswege. Der Ausschuss für  
die „Gesellschaft der Nationen“ konnte sich über die Be-  
dingungen für die Zulassung Deutschlands zur Gesell-  
schaft der Nationen nicht einigen. Er beschränkte sich darauf,  
dem Vierzehnten das Protokoll über die Diskussion anzustellen. Die  
Berichte der Ausschüsse über die Wiedergutmachung und für  
Finanzfragen wurden gestern überreicht.  
Amerikanische Kreise hoffen laut Pariser Ausgabe der Daily  
Mail, daß die Antwort der Alliierten am Dienstag abend fertig ge-  
stellt sein wird, während englische Kreise die Fertigstellung nicht vor  
Donnerstag für möglich halten. Man berichtet, daß der Völker-  
bundsausschuss für die Zulassung Deutschlands sich ent-  
schieden habe. Werde dieser Beschluß von der Konferenz angenommen,  
so breche der ganze Vertrag zusammen; wenn nicht, so werde  
der Völkerbundvertrag von den Hauptgebern des Paktes selber nicht  
mehr unterstützt werden. Der Sieg Frankreichs sei gefährdet.  
Echo de Paris meint, daß der Himmel sich für Deutsch-  
land aufhelle. Man müsse von der französischen Regierung er-  
warten, daß sie durch eine energische Aktion den Sieg wieder herstelle.  
„Liberte“ erklärt, Clemenceau verweigere katego-  
risch jede Abänderung von ursprünglichen Entwürfen. Wenn gleich  
die heutigen Nachrichten eine Entspannung der Lage erkennen lassen,  
so sei die Lage doch noch ernst, denn bis in die letzten Tage sei  
der Vierzehnte vollkommen einig gewesen. Clemenceau's ener-  
gische Haltung scheine doch einen gewissen Eindruck gemacht  
zu haben.  
„Bon Soire“ berichtet sogar, man lege Clemenceau die Ab-  
sicht bei, alles wieder in Frage zu stellen auf die Gefahr  
hin, sich mit den Alliierten zu überwerfen. Wohin führen  
wir? fragt das Blatt.  
„Journal de Depats“ erklärt, die ungeheure Mehrheit  
der Franzosen wolle die widerliche Berührung mit den  
Deutschen vermeiden. Das Blatt schreibt: „Wir wollen nicht  
in einem Hause der Gesellschaft der Nationen bleiben, in welchem  
auch so äbel berüchtigte Leute Zutritt haben.“  
Eine den Konferenzkreisen sehr nahestehende Persönlichkeit er-  
klärt im „Echo de Paris“, die Vertreter Frankreichs legten be-  
züglich der deutschen Gegenentwürfe über die Wiede-  
rgutmachung und den Eintritt Deutschlands in den Völker-  
bund völlige Festigkeit an den Tag. Bezüglich der Wiedergut-  
machung halte Frankreich seine Bedingungen völlig aufrecht. Frank-  
reich werde den Deutschen von ihren Schulden nichts nach-  
lassen und ihnen vorschlagen, von ihrem flüssigen Vermö-  
gen den Betrag von 25 Milliarden der Entente zu übergeben.  
Wir werden Deutschland zwei Jahre Zeit geben, um die wirt-  
schaftliche und finanzielle Lage zu prüfen und hierauf eine vorläu-  
fige Zahlung von 125 Milliarden in Gold oder in auf  
den Inhaber lautenden Schatzscheine festsetzen. Der Ausschuss wird den  
Betrag der jährlich zu zahlenden Summe erhöhen können, wenn  
sich die Leistungsfähigkeit Deutschlands steigert.

## Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

— Berlin, 11. Juni. Unter der Überschrift: „Der Kampf ums  
Recht“ schreibt Prinz Max von Baden im „Berl. Tagebl.“:  
Der Vertrag der 14 Punkte ist gebrochen worden. Ich  
will den Nachweis noch einmal führen. Dieser Vertrag bringt  
keinen Frieden, sondern einen dauernden Kriegszu-  
stand. Wenn wir weiterhin unsere Sache ehrlich führen, und  
auch nicht den leinsten Schritt machen, zu unseren Gunsten etwas  
der vereinbarten Rechtsbasis abzuhandeln, so führen wir die Sache  
der Menschheit. Europa ist rettungslos zum Chaos ver-  
urteilt, wenn dieser Vertrag verwirklicht wird.  
Etwas ist die Räterepublik.  
— Berlin, 11. Juni. Unter der Überschrift: „Der Kampf ums  
Recht“ schreibt Prinz Max von Baden im „Berl. Tagebl.“:  
Der Vertrag der 14 Punkte ist gebrochen worden. Ich  
will den Nachweis noch einmal führen. Dieser Vertrag bringt  
keinen Frieden, sondern einen dauernden Kriegszu-  
stand. Wenn wir weiterhin unsere Sache ehrlich führen, und  
auch nicht den leinsten Schritt machen, zu unseren Gunsten etwas  
der vereinbarten Rechtsbasis abzuhandeln, so führen wir die Sache  
der Menschheit. Europa ist rettungslos zum Chaos ver-  
urteilt, wenn dieser Vertrag verwirklicht wird.  
Etwas ist die Räterepublik.  
— Berlin, 11. Juni. Unter der Überschrift: „Der Kampf ums  
Recht“ schreibt Prinz Max von Baden im „Berl. Tagebl.“:  
Der Vertrag der 14 Punkte ist gebrochen worden. Ich  
will den Nachweis noch einmal führen. Dieser Vertrag bringt  
keinen Frieden, sondern einen dauernden Kriegszu-  
stand. Wenn wir weiterhin unsere Sache ehrlich führen, und  
auch nicht den leinsten Schritt machen, zu unseren Gunsten etwas  
der vereinbarten Rechtsbasis abzuhandeln, so führen wir die Sache  
der Menschheit. Europa ist rettungslos zum Chaos ver-  
urteilt, wenn dieser Vertrag verwirklicht wird.  
Etwas ist die Räterepublik.

## Aus den besetzten deutschen Gebieten.

Zur Franzosenherrschaft in Elsaß.  
— Bern, 10. Juni. (Privattelegraph.) Das Büro „Europa Frey“  
meldet aus Straßburg: Das Erscheinen der bekannten „Straß-  
burger Bürgerzeitung“, die sich nach dem Einzug der Franzosen zu-  
nächst „Straßburger Echo“ und dann zuletzt „Die Republik“  
nannte, wurde vom französischen Kommandanten verboten. Diese  
in Straßburg und Umgebung sehr populäre Zeitung richtete in letzter  
Zeit wiederholt heftige Angriffe gegen die Maßnahmen der fran-  
zösischen Militärbehörden. Die sozialistischen Blätter pro-  
testieren energisch gegen diese Verfügung. Die Militärregierung, die  
im ganzen Lande herrscht, werde durch diese Maßnahme nach pres-  
sischem Muster sicher nicht abbeffert.

## Aus dem neuen Rußland.

Zur Lage.  
— Petersburg, 11. Juni. Die Petersburger Zeitung  
„Petrogradskaja Prawda“ meldet:  
In Petersburg ist die Cholera ausgebrochen. In  
Petersburg wurden familiäre Häuser munizipali-  
siert.  
Der ukrainische Bandenführer Grigorjew ist bei Glisa-  
tschgrad entscheidend geschlagen worden.  
In Ulfkerman (Bessarabien) hat ein französisches  
Regiment gemeutert.  
Die Engländer an der baltisch-finnischen Küste.  
— Haag, 11. Juni. (Privattelegraph.) Der Rat der Vier  
hat der Besetzung der Insel Oesel durch britische

## Gegenätze unter den Alliierten.

— Berlin, 11. Juni. (Privattelegraph.) Wie weit die Gegen-  
sätze innerhalb der Entente gediehen sind, geht aus der Havas-  
Medung hervor, nach der Clemenceau und Pichon  
offenbar ein Ultimatum stellten, in dem der Austritt  
aus dem Völkerbund angedroht wird. Ob die gegen-  
wärtigen Beratungen das Gleichgewicht wieder herstellen wer-  
den, kann natürlich noch nicht gesagt werden.  
— Rom, 11. Juni. Wie der „Boll. Itg.“ von hier berichtet  
wird, ist in Italien eine starke Stimmung für den  
Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vor-  
handen. Die Lostrennung Italiens von den west-  
lichen Verbündeten findet in der italienischen Presse  
immer entschiedeneren Ausdruck.  
— Amsterdam, 11. Juni. Der Pariser Korrespon-  
dent der „Daily News“ meldet, er sei ermächtigt, der Be-  
hauptung entgegenzutreten, daß Wilson er-  
klärt habe, der Friedensvertrag sei vollständig in  
Uebereinstimmung mit den 14 Punkten Wilsons.

Niemals, weder öffentlich noch privatim, habe Wilson  
etwas derartiges gesagt.  
New Yorker Westen.  
— Sch. Rotterdam, 11. Juni. (Privattelegraph.) Der Pariser Herald mel-  
det aus New York: Hier werden Betten für Abänderung des  
Friedensvertrages mit Deutschland abgelehnt. Die Be-  
tten, daß Deutschland wirtschaftliche und territoriale  
Zustimmungen erhält, stehen 7:3.  
Entente-Vorbereitungen?  
— Sch. Gené, 11. Juni. (Privattelegraph.) Der französische  
Kammerausschuss hat die Ankündigung des Mi-  
nisterpräsidenten, er werde am 23. Juni über den  
Friedensvertrag Mitteilung machen, ohne Debatte zur  
Kenntnis genommen. Minister Pichon sagte, daß spä-  
testens am 20. Juni der vollständige Friedens-  
vertrag veröffentlicht werde.  
— Sch. Zürich, 11. Juni. (Privattelegraph.) Der „Secolo“ meldet aus  
Paris: Man rechnet bestimmt mit der glatten Annahme der  
jetzigen Forderungen der Alliierten durch Deutschland. In  
In Besancon werden die ersten Züge für den bevorstehenden  
Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen zu-  
sammengestellt.  
— Sch. Rotterdam, 11. Juni. (Privattelegraph.) Eine Reuters-  
Depesche meldet, daß dem Marschall Foch die militäri-  
schen Vollmachten für den 20. Juni, vormittags  
10 Uhr, übertragen worden sind.

## Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Prinz Max von Baden zum Friedensvertrag.  
— Berlin, 11. Juni. Unter der Überschrift: „Der Kampf ums  
Recht“ schreibt Prinz Max von Baden im „Berl. Tagebl.“:  
Der Vertrag der 14 Punkte ist gebrochen worden. Ich  
will den Nachweis noch einmal führen. Dieser Vertrag bringt  
keinen Frieden, sondern einen dauernden Kriegszu-  
stand. Wenn wir weiterhin unsere Sache ehrlich führen, und  
auch nicht den leinsten Schritt machen, zu unseren Gunsten etwas  
der vereinbarten Rechtsbasis abzuhandeln, so führen wir die Sache  
der Menschheit. Europa ist rettungslos zum Chaos ver-  
urteilt, wenn dieser Vertrag verwirklicht wird.  
Etwas ist die Räterepublik.  
— Berlin, 11. Juni. Unter der Überschrift: „Der Kampf ums  
Recht“ schreibt Prinz Max von Baden im „Berl. Tagebl.“:  
Der Vertrag der 14 Punkte ist gebrochen worden. Ich  
will den Nachweis noch einmal führen. Dieser Vertrag bringt  
keinen Frieden, sondern einen dauernden Kriegszu-  
stand. Wenn wir weiterhin unsere Sache ehrlich führen, und  
auch nicht den leinsten Schritt machen, zu unseren Gunsten etwas  
der vereinbarten Rechtsbasis abzuhandeln, so führen wir die Sache  
der Menschheit. Europa ist rettungslos zum Chaos ver-  
urteilt, wenn dieser Vertrag verwirklicht wird.  
Etwas ist die Räterepublik.  
— Berlin, 11. Juni. Unter der Überschrift: „Der Kampf ums  
Recht“ schreibt Prinz Max von Baden im „Berl. Tagebl.“:  
Der Vertrag der 14 Punkte ist gebrochen worden. Ich  
will den Nachweis noch einmal führen. Dieser Vertrag bringt  
keinen Frieden, sondern einen dauernden Kriegszu-  
stand. Wenn wir weiterhin unsere Sache ehrlich führen, und  
auch nicht den leinsten Schritt machen, zu unseren Gunsten etwas  
der vereinbarten Rechtsbasis abzuhandeln, so führen wir die Sache  
der Menschheit. Europa ist rettungslos zum Chaos ver-  
urteilt, wenn dieser Vertrag verwirklicht wird.  
Etwas ist die Räterepublik.

## Aus den besetzten deutschen Gebieten.

Zur Franzosenherrschaft in Elsaß.  
— Bern, 10. Juni. (Privattelegraph.) Das Büro „Europa Frey“  
meldet aus Straßburg: Das Erscheinen der bekannten „Straß-  
burger Bürgerzeitung“, die sich nach dem Einzug der Franzosen zu-  
nächst „Straßburger Echo“ und dann zuletzt „Die Republik“  
nannte, wurde vom französischen Kommandanten verboten. Diese  
in Straßburg und Umgebung sehr populäre Zeitung richtete in letzter  
Zeit wiederholt heftige Angriffe gegen die Maßnahmen der fran-  
zösischen Militärbehörden. Die sozialistischen Blätter pro-  
testieren energisch gegen diese Verfügung. Die Militärregierung, die  
im ganzen Lande herrscht, werde durch diese Maßnahme nach pres-  
sischem Muster sicher nicht abbeffert.

## Aus dem neuen Rußland.

Zur Lage.  
— Petersburg, 11. Juni. Die Petersburger Zeitung  
„Petrogradskaja Prawda“ meldet:  
In Petersburg ist die Cholera ausgebrochen. In  
Petersburg wurden familiäre Häuser munizipali-  
siert.  
Der ukrainische Bandenführer Grigorjew ist bei Glisa-  
tschgrad entscheidend geschlagen worden.  
In Ulfkerman (Bessarabien) hat ein französisches  
Regiment gemeutert.  
Die Engländer an der baltisch-finnischen Küste.  
— Haag, 11. Juni. (Privattelegraph.) Der Rat der Vier  
hat der Besetzung der Insel Oesel durch britische

## Gegenätze unter den Alliierten.

— Berlin, 11. Juni. (Privattelegraph.) Wie weit die Gegen-  
sätze innerhalb der Entente gediehen sind, geht aus der Havas-  
Medung hervor, nach der Clemenceau und Pichon  
offenbar ein Ultimatum stellten, in dem der Austritt  
aus dem Völkerbund angedroht wird. Ob die gegen-  
wärtigen Beratungen das Gleichgewicht wieder herstellen wer-  
den, kann natürlich noch nicht gesagt werden.  
— Rom, 11. Juni. Wie der „Boll. Itg.“ von hier berichtet  
wird, ist in Italien eine starke Stimmung für den  
Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vor-  
handen. Die Lostrennung Italiens von den west-  
lichen Verbündeten findet in der italienischen Presse  
immer entschiedeneren Ausdruck.  
— Amsterdam, 11. Juni. Der Pariser Korrespon-  
dent der „Daily News“ meldet, er sei ermächtigt, der Be-  
hauptung entgegenzutreten, daß Wilson er-  
klärt habe, der Friedensvertrag sei vollständig in  
Uebereinstimmung mit den 14 Punkten Wilsons.



Truppen zugestimmt. 50 englische Kriegsschiffe sollen in Helsingfors und Reval stationiert werden.

Die Kämpfe bei Kronstadt.

11. Kopenhagen, 11. Juni. (Privattele.) Havas meldet offiziell aus Helsingfors: In einer Länge von 70 km wurde auf der ganzen Front zwischen der finnischen weißen Garde und den Bolschewisten der Kampf geführt. Artilleriekämpfe sind vor Kronstadt entbrannt. Die Festung wurde zweimal mit schweren finnischen Geschützen beschossen und brennt an mehreren Stellen. Bolschewistische Batterien erwidern das Feuer.

Die Geschehnisse im Reich.

10. Berlin, 10. Juni. Amtlich. Das Verbot der „Deutschen Zeitung“ ist aufgehoben.

Von der Nationalversammlung.

11. Weimar, 11. Juni. (Privattele.) Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mit Sicherheit anzunehmen, daß die Tagung der Nationalversammlung am Sonntag oder Montag in Weimar abgehalten werden wird. Die Tagung wird sich dann voraussichtlich an den zur Zeit dort verammelten sozialdemokratischen Parteitag anschließen, sobald eine Antwort des Bierzentrums eingegangen ist.

Vom deutschen Schulwesen.

10. Berlin, 10. Juni. Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung teilt mit, daß die Nachricht, daß besonders begabte Militäranwärter ohne Ablegung der vorgeschriebenen Prüfungen zu Volksschullehrern ernannt werden können, nicht den Tatsachen entspricht.

10. Berlin, 10. Juni. Die gegenwärtigen nebenamtlichen Kreisinspektoren, die nicht Sachleute sind, werden vom 1. Oktober ab von ihren Dienststellen entbunden. Mit dieser Regelung ist, wenn auch nicht die hauptamtliche, so doch die fachmännische Schulaufsicht in Preußen nun durchweg eingeführt.

Leipziger Demonstrationen.

11. Leipzig, 11. Juni. (Privattele.) Für Donnerstag, den 12. ds. Mts., sind in Leipzig große Kundgebungen geplant. In diesem Zuge finden 3 große Massenversammlungen der kaufmännischen Verbände und Organisationen, sowie der maßgebenden Organisationen des Großhandels und der Industrie über die Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Einführung des freien Handels statt. Um eine zahlreiche Beteiligung zu erzielen, sollen die Betriebe und Geschäfte über nachmittags geschlossen bleiben.

Die Unabhängigen ersehen darin eine Kundgebung gegen den Sozialismus und bezeichnen ebenfalls 9 große Versammlungen für den Sozialismus und gegen die kapitalistische Produktion ein. Diese Kundgebungen sind als Protest gegen die Ermordung der Führer des revolutionären Proletariats gedacht. Sie gibt auch als Gegenöffentlichung für die Genossin Rosa Luxemburg. Im Aufruf der hiesigen Bezirksleitung der U. S. V. werden die Arbeiter und Arbeiterinnen aufgefordert, sich nicht an den Kundgebungen für den Sozialismus zu beteiligen, sondern an der Demonstration für den Sozialismus.

Der Streik in Duisburg.

10. Duisburg, 10. Juni. Auf den rheinischen Stellwerken haben heute morgen die Arbeiter, die wegen der Verhängung des Belagerungszustandes in den Ausstand getreten waren, die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem eine wesentliche Erleichterung des Belagerungszustandes zugesagt worden war. Die Lokomotivführer weigerten sich jedoch zu arbeiten, wenn nicht eine zweite Streikschicht bezahlt würde. Die Direktion lehnte die Forderung ab, worauf die Lokomotivführer und die Kesselheizer auch die Notstandsarbeiten einstellen. Die Hochöfen kamen sofort außer Betrieb. Es ereigneten sich drei schwere Explosionen. Die große Gasleitung wurde an mehreren Stellen stark zerstört. Die Betriebsfähigkeit des Werkes wurde erheblich gestört.

Vom sozialdemokratischen Parteitag.

(Eigener Bericht.)

10. Berlin, 10. Juni. (Privattele.) Der Weimarer Parteitag der Mehrheitssozialisten bedeutet für Deutschlands innere und äußere Politik natürlich viel mehr, als sonst eine sozialistische Tagung, mehr wohl, als überhaupt ein Parteitag für Deutschland je hat bedeuten können. Denn diesmal handelt es sich um die Vertretung nicht nur eines erheblichen, sondern tatsächlich des herrschenden Volksteiles.

Das Schicksal der mehrheitssozialistischen Partei ist gleichbedeutend mit dem Schicksal der Regierung. Diese Regierung aber — nicht umsonst tragen die Sozialdemokraten in Weimar — hat gegenwärtig die Vorherrschaft für die Verfassung auszuüben, also auf die innere Gestaltung Deutschlands für unabsehbare Zukunft verantwortlich einzuzwängen. Gegenwärtig liegt bei ihr die wirkliche Verantwortlichkeit, ob und unter welchen Bedingungen der Friede unterzeichnet werden soll, die Entschiedenheit also über Deutschlands außenpolitisches Schicksal. Die doppelte ungeheure Verantwortung kann von der Regierung nur getragen werden, wenn diese sich auf die Mehrheitssozialisten

Der Schatten.

Roman von Elise Stieler-Marschall.

Geistliche Formel für den Schuß des Sabats in den Vereinigten Staaten von Amerika: Copyright 1918 by Großhahn & Co., G. m. b. H., Leipzig.

Frau Gertrud beschloß, Rose zu sagen, daß sie Edita nicht mehr über die Schwelle lassen dürfe. Jedoch, schon auf dem Wege nach der Küche, besann sie sich und ließ es sein. Sie wollte die Mutter bitten, daß sie stets zugegen sein möge, wenn Edita von Margitt sie wieder besuche. Aber dann, als sie sich bei Tische gegenüber saßen, begann die Mutter selbst von Edita zu reden, die sie vom Fenster aus auf dem Gartenpfad gesehen hatte.

„Was für ein entzückendes, junges Mädchen. Und wo hast du die nur schon einmal gesehen? Erzähl, Gertrud, was war das für ein allerliebster Besuch?“

Und Gertrud erzählte von Dresden und vom Spießberg und von jugendlicher Schwärmerie... während sie redete, ging es ihr klar durch den Sinn: nein, die Mutter darf nicht dabei sein, wenn dieser Besuch sich wiederholt. Denn wenn die Fremde wieder solche Dinge berichtet wie heute, dann bekommt die Mutter ein Mißtrauen gegen Hans... und regt sich auf und ihr helles, spätes Gesicht wird gelblich.

„Diese Backfischen“, sagte lächelnd die Mutter... „mit ihrer Begeisterung! Das ist doch was Allerliebstes.“

Edita kam bald wieder und das war gut. Mit feberhafter Spannung hatte Gertrud auf den Besuch gewartet, nun er endlich war, war sie erleichtert... sie mußte selbst nicht warten.

Es war Ende November und ein trüber, stürmischer Tag. Edita aber, trotz ihrer dunklen Kleidung, kam so leicht und frisch daher, mit einem großen Strauß buntpulvriger Haarschleifen in der Hand, als käme sie aus lächelndem Frühlingwald und

trübe Partei und die Partei wiederum auf die Massen stützen kann. Vermag sie das aber noch? Darauf kommt es an! In den Großstädten gewinnen die Unabhängigen und die noch weiter links stehenden Gruppen allmählich die Oberhand, die sie in Berlin schon haben. Immerhin verfährt die Regierungspartei immer noch über die Mehrheit. Aber ihre Politik ist schwankend, die Zukunft ungewiß. Die Entscheidung auch in den inneren Fragen wird wohl aus dem Ergebnis der Versailles Verhandlungen kommen.

Der sozialdemokratische Parteitag selbst trat am Dienstag nachmittags 4 Uhr, hier zusammen. Im Hintergrund des Sitzungssaales der Nationalversammlung waren Büsten von Marx und Ferdinand Lassalle aufgestellt, die mit frischem Grün geschmückt waren. Namens der Sozialdemokraten Weimars richtete Brods eine kurze Begrüßungsansprache an die Versammlung. Der Weimarer Idiotologie der Repräsentanten Goethe und Schiller fehle der Pulsschlag, der in Wirtschaft und Politik vernehmbar sei. Die Versammlung müsse versuchen, den Weimarer Geist nach dieser Richtung zu ergänzen.

Namens des Parteivorstandes sprach Hermann Müller. Die Stunde sei ernst und die Parole heiße Arbeit. Trotzdem die Sozialdemokraten die alten Unterdrücker abzugeben und dem deutschen Volke das freieste Wahlrecht von der Welt gegeben haben, soll uns ein Gewaltfrieden aufzuzwingen werden. Der Redner verlas dann ein Telegramm des Reichspräsidenten Ebert in dem dieser dem Parteitag eine glückliche Erfüllung seiner schweren Aufgaben wünscht.

Redner beschäftigte sich sodann mit den Novembertagen. Als die Sozialdemokratie ans Ruder gekommen sei, habe sie einen Schutz- und Trümmerhaufen vorgefunden. Diejenigen, die das namenlose Unglück über Deutschland gebracht hätten, müßten zur Rechenschaft gezogen werden. Man dürfe auch nicht die Männer der Vaterlandspartei vergessen, die das deutsche Volk in das Elend geführt hätten, in dem es heute stehe. Auch die Militärs dürfen nicht vergessen werden, die das Vaterland durch eine unglückselige Politik Deutschlands in eine Sackgasse getrieben und dann zu den Waffenstillstandsbedingungen getrieben hätten, der das Wortspiel zu dem kommenden Frieden gebildet hätte.

Die Novemberrevolution werde einen Ehrenplatz in der deutschen Geschichte einnehmen. Soham kam der Redner auf die Möglichkeit einer Gegenrevolution zu sprechen und meinte, daß sie unter keinen Umständen kommen werde, denn es sei keine Persönlichkeit da, um die sich die Gegenrevolutionäre scharen könnten. Die Sozialdemokratie habe auch die Mittel in der Hand, um eine Gegenrevolution schon in ihrem Keime ersticken zu können.

Die schwierige Aufgabe der Sozialdemokratie sei gewesen, der jungen Republik den sozialistischen Stempel aufzudrücken, deswegen sei die Partei bei Ausbruch der Revolution an die Unabhängigen herangetreten, um mit ihnen zusammen eine Regierung zu bilden. Die Unabhängigen hätten aber nur widerwillig mitgemacht und so sei es gekommen, daß das Experiment nicht von langer Dauer war. Nach ihrem Austritt hielten die Unabhängigen dafür, daß Handgranaten und Maschinengewehre als politisches Kampfmittel gebraucht wurden. Dann hätten sich die Unabhängigen auch noch gesplittet und ein Teil von ihnen habe sich zur kommunistischen Partei zusammengeschlossen. Durch all das sei es den Sozialdemokraten immer schwerer geworden, die sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

Hermann Müller kam im Zusammenhang hiermit auf die Freimillegenerverbände zu sprechen und erklärte: Jede Regierung ist ein Spielball der bewaffneten Horden der Straße, wenn sie keine Macht hinter sich hat. Hätte man die Freimillegenerverbände nicht geschaffen, dann wären jetzt in Deutschland mexikanische Zustände herrschend.

Eine Einigung mit der anderen sozialdemokratischen Partei sei nur auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze gegeben. Eine Einigung mit den Kommunisten sei ausgeschlossen.

Zum Schluß führt Hermann Müller aus, daß Deutschland von der Entente geschädigt nicht zurückgelassen werden könne. Es werde unseren Gegnern nicht gelingen, den deutschen Volkshörner zu zerbrechen, wenn alle geschlossen zu ihrem Vaterland stehen. Es sei selbstverständlich, daß die Arbeiter in den Tagen der größten Not zu ihrem Vaterlande halten würden. Darauf wurde der Parteitag konstituiert. Heinrich Schulz-Berlin und Loewe-Breslau wurden mit gleichen Rechten zu Vorsitzenden des Parteitages gewählt.

Berlin, 11. Juni. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, haben die drei Reichsminister Roste, Schmidt und Bielow sich nach Weimar begeben, um an dem sozialdemokratischen Parteitag teilzunehmen.

Die Streikbewegung.

Die Ausstandsbewegung in Frankreich.

10. Bern, 10. Juni. Nach dem „Berner Tagblatt“ hat die Confédération Generale du Travail in ganz Frankreich ihre Proklamation anhängen lassen, in der die politischen Forderungen der Arbeiterklasse, sofortige Demobilisierung der Armee, Amnestie für alle politischen Verurteilten einschließlich der wegen Mordverbrechen bestrafte Soldaten und Matrosen, sowie Zurückziehung aller französischen Truppen aus Rußland, Ungarn usw., verlangt wird. Sämtliche großen Gewerkschaften, auch die Eisenbahner und Grubenarbeiter, haben erklärt, auf Beschluß der Confédération Generale du Travail die Arbeit einzustellen. Nach übereinstimmenden

Meldungen würde der Generalstreik am 28. Juni erklärt werden.

In Lyon sind am Sonntag die Straßenbahnen in den Streik getreten. Der gesamte Straßenverkehr ruht.

11. Amsterdam, 11. Juni. (Privattele.) „Telegraaf“ meldet unterm 10. Juni: „Gonine libre“ schreibt über die Ausstandsbewegung in Frankreich, daß die Bewegung zu Gunsten der Wiederaufnahme der Arbeit sowohl in Paris wie in der Provinz überall Boden gewinnt. Er schreibt weiter: „In der Zeit der Krise, welche wir durchzumachen hatten, und noch durchzumachen nicht anders, als ein mißglückter Versuch zu der internationalen Kundgebung, welche mehr politischer als berufsmäßiger Natur ist. Die Arbeitervertreter Englands, Frankreichs und Italiens haben eine große gemeinsame Kundgebung beschlossen. In letzter Stunde machte die Arbeiterklasse bekannt, daß sie nicht hilfsbereit für diese Kundgebung zu unterstützen.“

10. Versailles, 10. Juni. Die Führer der verschiedenen Arbeiterverbände erklären in „Humanité“: Die Maßnahmen und Drohungen der Regierung würden die Arbeiterklasse nicht einschüchtern. Die streikenden Verbände seien gewillt, ihre Forderungen durchzusetzen. Heute abend findet eine Sitzung des Verbandes der Seeleute statt, in der, wie die Presse vermeldet, der Generalstreik erklärt wird. Die planmäßige Kundgebung der Arbeiter haben gestern abend den Generalstreik beschlossen.

10. Versailles, 10. Juni. Wie die „Liberté“ meldet, haben sich die Kohlenarbeiter in Paris infolge der Streiks in Nordfrankreich so vermindert, daß mit harter Einschränkung des Elektrizitäts- und Gastonums bereits zu rechnen ist.

Die „Intransigent“ erklärt, wird der administrative Ausschuss der sozialistischen Partei heute abend in einer Sitzung den Streiks Stellung nehmen. Das Kartell der großen Gewerkschaften der Bauarbeiter, Transportarbeiter und Bergbauarbeiter, Eisenbahner, Seeleute und Metallarbeiter, sowie die federierten Generale du Travail halten heute verschiedene Sitzungen ab. Man erwartet, daß sie heute abend Beschlüsse fassen werden, welche über die Streiks entscheiden werden.

Die Regierung hat von der Requirierung der Pariser Untergrundbahnen auf die öffentlichen Warnungen hin Abstand genommen.

Der Streik in Italien.

11. Lugano, 10. Juni. (Privattele.) Wie der „Secolo“ aus Neapel meldet, gleicht die Stadt einem Feldlager. Die Situation ist im Zunehmen. Die Delegiertenversammlung der Arbeitervereine tagt in Permanenz. In verschiedenen Stadtteilen werden Verbarikaden gebaut. Es fanden heftige Zusammenstöße mit Polizei und Soldaten statt. Die Verwundeten der Streikenden werden von diesen in Privatwohnungen geschafft. Man befürchtet noch schlimmere Ereignisse für heute.

11. Bern, 11. Juni. Dem „Socoso“ zufolge dauert der Streik in Neapel an und hat sich noch auf weitere Arbeitszweige ausgeweitet. Auch die Straßenbahnen haben vorgestern die Arbeit niedergelegt. In Rom soll die Streikbewegung, wie „Corriere della Sera“ meldet, im Abflauen begriffen sein. Der in Genoa von Sozialisten mit Gewalt an der Ausfahrt verhinderte Dampfer „Socoso“, der von Antiochia nach Rußland zur Befüllung der Kohlenminen bringen sollte, ist auf Anordnung des Transportministers nach Gibraltar zur Lösung der Ladung dirigiert worden. Dem Verbande der Seeleute ist von der Regierung angeboten, daß das Schiff nach Rußland mit Transporten von Kriegsmaterial nach Rußland abgehen werde.

Der für den 11. Juni angekündigte Generalstreik der italienischen Lehrerschaft konnte in letzter Stunde verhindert werden, da der Unterrichts- und der Schatzminister ihre Forderungen, die eine Mehrausgabe von 40 Millionen erfordern, bewilligten.

Aus Baden.

11. Heidelberg, 11. Juni. Die von einem Mannheimer Werk breitere auch von und wiedererlebene Meldung von einer schweren Erkrankung des Landtagsabg. Prof. Dr. Goebeln ist inzwischen richtig ist nur, daß Herr Dr. Goebeln, dessen Gesundheitszustand durch die Mehrkraft seiner Arbeit angegriffen ist, für wenige Tage einen Erholungsurlaub angetreten hat.

Rufstwärme in Karlsruhe.

(nach den Beobachtungen der meteorologischen Station.) Am 10. Juni mitt. 2.26 Uhr: Barom. 757 mm, Therm. 28,8 Grad abso. Feuchth. 15,6 mm, Feuchth. in Proz. 54, Wind W., Stärke 3 bedekt; am 10. Juni abends 2.26 Uhr: Barom. 759 mm, Therm. 25 Grad, abso. Feuchth. 13,9 mm, Feuchth. in Proz. 71, Wind W., Stärke 3 bedekt; am 11. Juni morg. 7.28 Uhr: Barom. 762 mm, Therm. 21,5 Grad, abso. Feuchth. 12,7 mm, Feuchth. in Proz. 67, Wind W., Himmel heiter. Höchste Temperatur am 9. Juni 29,7 Grad; niedrigste in den darauffolgenden Nacht 15,5 Grad.

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel, 11. Juni, morg. 6 Uhr: 2,60 m. (10. Juni 2,55 m.) Rehl, 11. Juni, morg. 6 Uhr: 3,44 m. (10. Juni 3,42 m.) Marau, 11. Juni, morg. 6 Uhr: 5,06 m. (10. Juni 5,06 m.) Mannheim, 11. Juni, morg. 6 Uhr: 4,25 m. (10. Juni 4,29 m.)

trächte seine Grüße. So fieber, so lebhaft, so stolz trat sie auf, als jüde ein Sieger in erobertes Land. Aufsehung war in Gertrud. Sie schalt sich selbst ob all ihrer törichten und ungegründeten Gedanken. Könnte sie am Ende der Anderen ihre junge, strahlende Schönheit nicht? Und sie zwang sich diesmal mit aller Macht zu freundschaftlichem Entgegenkommen.

Sie saßen in Gertruds kleiner, behaglicher Stube. Draußen tobte und heulte der Sturm, grau hing der Tag über der Welt. Wenn sie nur nicht wieder von meinem Manne redet, dachte Gertrud, sie darf es nicht, ich ertrüge es nicht.

Dielein: Gefühl zum Trost war doch auf dem tiefsten Grund ihrer Seele etwas wie ein heimliches, selbstquälendes Verlangen, es möge wieder so weit kommen, sie solle ihr wiederum wecheln mit ihren schlimmen Erzählungen. Sie solle endlich das Letzte und Letzte bekennen... denn immer klarer wurde in Gertrud die Empfindung, daß Edita irgendetwas wisse, etwas Ernsthaftes, etwas Entschiedenendes, womit sie noch zurücklatte, was sie aber früher oder später ihr als einen furchtbaren Schlag verlesen würde.

Wäre es möglich, dem zu entgehen! Oder möge es bald geschehen, gleich.

Eine beklemmende Angst durchgitterte die sonst so tapfere, tüchtige Gertrud. In einem fetten Finausgögen und Ausweichen versuchte sie, sich des Gesprächs zu bemächtigen, es nach ihrem Willen zu lenken. Sie fragte angelegentlich und freundlich nach Editas Resonanz, ihrem Wohlbefinden dort, den anderen jungen Mädchen, den Lehrerinnen. Es kam wirklich eine harmlose und ganz lustige Unterhaltung in Gang, wie sie zwischen so jungen Menschenkindern üblich ist. Gertrud sprach sich immer freier, wurde immer sicherer, sie dachte innerlich und lispelte über sich selbst und ihre Abenteuer.

liche Abneigung gegen das schöne Geschöpf, das da so lechzend übermütig seine Lehrerinnen parodierte, in echter, rechter gezoGENER Backfischmanier.

Aus der ungewohnten Einsamkeit der Nächte, aus allerlangen Sehnsucht heraus wurde wohl diese dumpe, unerbittliche Angst geboren. Sie mußte sie nun wahrhaftig und energisch abschütteln. Edita hat, ob sie nicht einmal das Mühsal zimmer sehen dürfe, auch die anderen Räume des Hauses, die so stimmungsvoll und schön sein sollten, wie man sich in der Stadt erzähle.

„Was man nicht alles in der Stadt erzählt“, sagte Gertrud lächelnd und stand bereitwillig auf, um ihrem Gaste seinen Wunsch zu erfüllen. Als auch Edita sich erhob und so schüchtern und groß vor ihr stand, fiel ihr zum ersten Male das Trauergewand vor ihr stand, sie fand sich teilnahmslos, weil sie dem jüngeren Mädchen noch niemals ein Wort darüber gesagt hatte.

„Sie haben einen Ihrer Lieben kürzlich verloren“, sagte sie, „das tut mir so leid.“

„Ja“, erwiderte Edita finster... „ich trauere um meiner Schwester Britta, die im ersten Frühling dieses Jahres gestorben mußte.“

Gertrud packte mit beiden Händen die Lehne des Stuhls an dem sie saß, ohne zu wissen, daß sie es tat. Alle Farbe war aus ihrem Gesicht entwichen und sie mußte für einen Augenblick war um alle Gegenstände vor ihren Augen ineinander zu sinken.

In einem plötzlichen wilden Stoß fuhr der Sturm gegen die Fenster, daß die Scheiben erzitterten, es war als erschüttere das ganze Haus. (Fortsetzung folgt.)



Badische Chronik.

1. Forstheim, 10. Juni. Die Neuerkrankungen an Typhus sind in den vergangenen acht Tagen derart gering, daß von einem Schwinden der Epidemie gesprochen werden kann, die an dem 3500 Personen auf Krankenlager brachte und 300 Todesfälle verursachte.
2. Mannheim, 10. Juni. Die Demonstration, mit der heute die Unabhängigen und Kommunisten den Fall Levin auszusprechen versuchten, um sich mit den Mehrheitssozialisten zu vereinigen, kam der Erwartung der Veranstalter. Der Zug zählte nur einige Tausend Mann. Die größte Zahl der Arbeiter hielt sich der Demonstration fern. Es wurde fast überall gearbeitet. Die sozialdemokratische „Vollstimme“ hatte am Samstag die Arbeiter vor der Teilnahme an der Demonstration gewarnt.
3. Mannheim, 10. Juni. In Friedrichsfehl erschoss der Kronenwirt Maas seine Frau und sich selbst. Maas hatte die Tat begangen, weil ihm seine Frau während seiner Kriegesangewandtheit die Treue nicht gehalten hat. Der Urheber des traurigen Ereignisses hat sich am Pfingstmontag erhängt, während die Leiche der Eheleute Maas beerdigt wurde.
4. Heidelberg, 10. Juni. Beim Versuch, einen zum Tode verurteilten Straftäter hereinzuführen, stürzte die 18-jährige Anna Stehler aus einem Fenster des dritten Stockwerkes in der kleinen Mantelgasse. Sie blieb tot liegen.
5. Heidelberg, 10. Juni. Am Samstag verunglückte der 2 Jahre alte Knabe Emil Füh in der eckerischen Wohnung, Fiegelgasse 14, auf tragische Weise. Das Kind war allein in der Küche und geriet an den Gashähnen, öffnete ihn u. wurde durch das austretende Gas vergiftet. Als die Mutter nach einigen Stunden nach Hause kam, fand sie ihr Kind tot am Boden liegend vor.
6. Dossenheim, 10. Juni. Am Pfingstmontag abends 4 Uhr ging ein schweres Hagelwetter über unser Dorf nieder. Die Dächer wurden fast vollständig vernichtet, auch der Schaden auf den Feldern ist sehr groß.
7. Weinheim, 10. Juni. An der Bergstraße hat die Kirchengemeinde begonnen. Sie fällt sehr gering aus.
8. Gernsbach, 10. Juni. Im Maschinenhaus der Fabrik von A. H. Brach heute früh ein Brand aus, der von der Feuerwehrgesellschaft gelöscht wurde, bevor der Brand weiter um sich griff.
9. Junsweiler, 10. Juni. Der 35-jährige Zigarrenmacher Hermann Kaber wurde am Pfingstsonntag beim Wildern im Rheinbroschweiler Wald überrascht und beim Kampfe mit dem Jagdhornoch erschossen.
10. Wiesbaden, 9. Juni. Hier wurde durch die Gendarmen die Großhändlerin Witwe Sophie Dürchholder und ihre Tochter Sophie verhaftet und ins Amtsgefängnis abgeführt. Es besteht über die beiden Verdacht, daß beide das neuere Kind der Tochter, das einen Krampf zum Vater haben soll, getötet und durch Verbreitung aus dem Wege geschafft haben. Wie verlautet, sollen bei der Besichtigung in der Aische verlockte menschliche Knochenreste gefunden worden sein.

Die Verpflichtung der Bezirksräte.

Karlsruhe, 10. Juni. Das Ministerium des Innern hat unter Aufhebung des Erlasses vom 1. Oktober 1904 über die Ernennung der Bezirksräte bestimmt, daß hinsichtlich der Bezirksräte bei ihrer Ernennung durch förmliche Handgehalte an Eidesstatt in folgender Form verpflichtet werden:
Ich verpflichte mich durch förmliche Handgehalte an Eidesstatt, daß ich meine Pflichten als Bezirksrat treu und gewissenhaft erfüllen werde. Auf Ehre und Gewissen.
Der Verpflichtung geht eine Belehrung über die Bedeutung des Handgehaltes und die Aufgaben der Bezirksräte voraus.

Eine Lebensmitteldemonstration in Offenburg.

Offenburg, 10. Juni. Eine vom Vollauswahlschuß des Arbeiterausschusses der Vereinigten Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien in der Woche vor Pfingsten einberufene große Demonstration der Arbeiter in Offenburg wurde durch die Polizei verhindert. Die Teilnehmer, deren richtiger Zweck die Befreiung der Arbeiter von den nachteiligen Abgaben der Lebensmittel war, wurden durch die Polizei in der Stadt verstreut. Die Teilnehmer, die sich mehrere Tausend Personen einschließen hatten, sprachen die Mitglieder der Arbeitervereine ein und sprachen die Mitglieder der Arbeitervereine ein und sprachen die Mitglieder der Arbeitervereine ein. Die Teilnehmer, die sich mehrere Tausend Personen einschließen hatten, sprachen die Mitglieder der Arbeitervereine ein und sprachen die Mitglieder der Arbeitervereine ein. Die Teilnehmer, die sich mehrere Tausend Personen einschließen hatten, sprachen die Mitglieder der Arbeitervereine ein und sprachen die Mitglieder der Arbeitervereine ein.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 11. Juni.
Die Schulen und die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die seit der Demobilisierung häufigste Zunahme der geschlechtlichen Erkrankungen Jugendlicher aller gesellschaftlichen Schichten, namentlich in den größeren Städten, läßt es als unabweisbare Forderung erscheinen, die zur Entlastung kommenden Schüler der Höheren Lehranstalten, einschließlich der Lehrerbildungsanstalten vor ihrem Abgang von der Schule und ihrem Eintritt ins zivile Leben über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten zu belehren und ihnen zu warnen. Am besten wird diese Belehrung durch den Vortrag eines Arztes erfolgen. Die Leiter der neuartigen Höheren Schulen für die männliche Jugend und der Lehrerseminare wurden deshalb vom Ministerium des Kultus und Unterrichts ersucht, nach Anhörung der Lehrerverammlung, zu der auch die Religionslehrer zuzuziehen sind, und im Benehmen mit dem ärztlichen Mitglied des Vereins die Abhaltung eines besondern Vortrages durch einen geeigneten Arzt zu veranlassen. Dasselbe bleibt dem Ermessen der Lehrerversammlungen der einzelnen Anstalten anheimzustellen, in welchem Umfang auch die übrigen Schüler der oberen Klassen zu dem Vortrag zuzulassen werden sollen. An Orten mit nicht als einer Höheren Lehranstalt wird die gemeinsame Abhaltung eines Vortrages empfohlen. In den Lehrerbildungsanstalten soll der Unterricht in Gesundheitslehre erteilende Art zur Veranstaltung der Lehrerverammlung und zur Aufklärung der Schüler beitragen werden.
Zur Milchversorgung die Stadt Karlsruhe schreibt uns das Bad. Milchwirtschaft. Durch die heißen, schwülen gewitterhaften Sommerstage und durch die hiesigen Eisenbahnverkehrsstörungen über Pfingsten ist es trotz aller angewandten Vorkehrungsmaßnahmen vorgekommen, daß die angelieferte Milch auf der weiten Reise vom Schwarzwalde her meistens lauer hier angekommen ist. Um nun eine gerechtere Verteilung der süßen Milch einzuführen, war das Milchwirtschaftsamt genötigt, den Vollmilchbezugberechtigten 50% ihres ausstehenden Quantum zu kürzen. Die Milchauträger trifft also keine Schuld.
Fußballwettkämpfe. Die 1. Mannschaft des Fußballvereins Grünwintel in Klasse A 2 an erster Stelle stehend — gewohnt am Pfingstsonntag in Heidelberg gegen die 1. Mannschaft des B. f. B. vor einer für Heidelberg ansehnlichen Zuschauermenge mit 3:1 Grünwintel führte ein schönes und hohes Spiel vor und hinterließ damit einen sportlich guten Eindruck. Der Sieg ist wohlverdient, umso mehr, als die Mannschaft nur mit 10 Mann spielte. Die 2. und 3. Mann-

schaft wollte in Forstheim und unterlag im Privatspiel gegen den A. f. B. mit 0:4 bezw. 0:2.
Der Tierzuchtverein hält Mittwoch, den 11. Juni, abends 8 Uhr, seine letzte Winterversammlung im Nebenzimmer der „Bier Jahreszeiten“ ab. Auf der Tagesordnung stehen wichtige Gegenstände, deren Erledigung großes Interesse der Tierfreunde erregt. Den Sommer über jeden zweiten Mittwoch im Monat Zusammenkünfte am runden Tisch in den „Bier Jahreszeiten“.
Kasseler Bazar. Heute abend 8 Uhr Sonderkonzert der verstärkten Kapelle. (Siehe Anzeige.)

Ein offenes Wort zu den Bürgermeisterwahlen!

Karlsruhe, 10. Juni. Es wird uns geschrieben:
Ueber die Bürgermeisterwahlen ist unter den 5 Ratshausparteien, von welchen keine für sich allein eine Mehrheit bildet, eine Einigung bis heute nicht erzielt worden. Anfangs schien die Frage keine Schwierigkeiten zu bereiten. Der Stadtrat hatte deshalb, um etwaigen politischen Ereignissen gegenüber die Aktionsfähigkeit der Verwaltung sicher zu stellen, die Wahlen auf den 2. Juni ausgeschrieben.
Nun aber wurden in der Tagespresse Stimmen laut, die dem Stadtrat die Absicht unterstellten, die Bürgerwahl durch den kurz angelegten Wahltermin überzupumpeln und an einer öffentlichen Erörterung über die Befreiung der Bürgermeisterei zu verhindern zu wollen. Außerdem ergab sich aus der Fühlungnahme zwischen den Fraktionen des neu gewählten Bürgerausschusses, daß nicht nur die Wählerfraktionen gegen die Wahl von zwei der bisherigen Bürgermeister vorhanden sind, sondern auch Ansprüche des Zentrums und der Mehrheitssozialdemokratie auf Berücksichtigung bei Befreiung der obersten Verwaltungsstellen erhoben werden. Der Stadtrat hob darüber die Verwaltungsvorstellungen an, um den Parteien Gelegenheiten zu geben, die Ansicht der Bürgerwahl kennen zu lernen. Diese Verhandlungen fanden auch in verschiedenen Ausstellungen in der Presse Ausdruck. Doch liegen diese Erörterungen zunächst nicht erkennen, ob sie der Auffassung weiterer Kreise der Bürgerwahl entsprechen. Sie begründeten den Widerstand gegen die Person des Oberbürgermeisters Siegrist mit häufig nicht belegter Kritik über mangelnde Initiative, bürokratische Engstirnigkeit u. a. Erst in der Ausgabe des „Vollstimme“ vom 5. Juni erschien dann ein Bericht über eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins, worin ausgesprochen wurde, daß man in dieser Partei sowohl dem bisherigen Oberbürgermeister Siegrist wie auch dem bisherigen ersten Bürgermeister Dr. Paul nicht das geringste Vertrauen entgegenbringe. Diese Stellungnahme der Mehrheit des in dem sozialdemokratischen Verein organisierten Teils der sozialdemokratischen Wählerfraktion kam dann auch bei den Besprechungen der Fraktionsvertreter zum Ausdruck. Eine endgültige Entscheidung ist aber von der Fraktion der Mehrheitssozialdemokraten noch nicht getroffen. Ebenso wenig ist dies von den übrigen Fraktionen der Fall. Es herrscht bis heute das Bestreben vor, eine Einigung der Parteien herbeizuführen. Eine solche ist schon durch die Rücksicht auf das Ansehen der Stadtverwaltung, aber auch wegen des schon erwähnten Anspruchs der Sozialdemokratie und des Zentrums dringend erwünscht. Kommt eine Einigung wenigstens unter den drei großen Parteien nicht zustande, so bleibt es mehr oder weniger dem Zufall überlassen, welche Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen der 122 Bürgerausschussmitglieder, d. h. mindestens 62 Stimmen, auf sich vereinigen werden.

Es fragt sich also, auf welcher Grundlage eine Einigung der Parteien möglich ist. Es ist zu bedenken, daß jetzt die Befreiung der Bürgermeisterstellen zu einer Frage der Parteipolitik gemacht wird, während doch vornehmlich unter dem Gesichtspunkt der Vorbildung, der Erfahrung und der bischweren Bewährung der Kandidaten die Auswahl getroffen werden sollte. Aber es wird eben eingemendet — und das ist unbestreitbar —, daß in allen Parteien sich Leute finden, bei denen jene Voraussetzungen vorliegen. Währen man sich mit den Ansprüchen der größten Parteien gerechnet werden, namentlich da bei dem gewöhnlichen Lauf der Dinge, sobald eine Bürgermeisterstelle befreit ist, für die Dauer einer Amtsperiode von 9 Jahren ein Wechsel nicht mehr in Frage kommt.

Es ist also vom Standpunkt der Sozialdemokratie und des Zentrums selbstverständlich, daß diese Parteien jetzt, wo drei Neuwahlen stattfinden, Ansprüche auf Berücksichtigung geltend machen. Sollen nun aber dieser Parteimünze wegen zwei bisherige Bürgermeister zur Ruhe gesetzt werden? Die Lösung: „Dem Tüchtigen freie Bahn“, scheint hier den Inhalt anzunehmen, daß diejenigen, die einer bestimmten Partei als berufen erscheinen, vor den in jahrelanger Verwaltungsdienst als tüchtig bewährten den Vorzug erhalten sollen. Stadtrat Caver, den die Mehrheitssozialdemokratie an Stelle des Bürgermeisters Dr. Paul für das Amt des ersten Bürgermeisters präsentieren will, ist eine ausgezeichnete Arbeitskraft, ein Mann, der in der gewerkschaftlichen Bewegung hervorragende Arbeit geleistet und in den kritischen Tagen unserer innerpolitischen Entwicklung sich für die Aufrechterhaltung der Ordnung erfolgreich eingesetzt hat. Er ist in allen Kreisen im Stadtrat hochgeschätzt. Aber er trägt — das muß doch gerechter Weise zugestanden werden — mit diesen Eigenschaften nicht über Dr. Paul hinaus, der sich nicht minder durch Fleiß und Arbeitsleistung auszeichnet und gerade auf dem für unsere Stadt so wichtigen Gebiet der Stadterweiterung und des Bauwesens ununterbrochene Arbeit geleistet hat. Dr. Paul war aber die unentbehrliche Arbeit des Personalwesens zugewiesen. In normalen Zeiten konnte er diese Aufgabe spielend erledigen. Die Kriegsjahre aber haben auf diesem Gebiet alles von Grund auf verändert. Einleitung neuer, ganz besonders komplexer Dienstverträge und Dienststellen und nicht zuletzt die Kriegsernennung, die unter der herrschenden Teuerung und deren Folgen Reallohnsteigerungen alle Konsumgüterpreise heimlich hat, haben die Geschäfte des Personalreferenten in derartige Schwierigkeiten verwickelt, daß Konflikte mit der Arbeiter- und Beamtenchaft nicht ausbleiben. Wer aber Oberbürgermeister Dr. Paul in seiner Arbeit gesehen hat, der weiß, daß er allernächst gerecht zu sein bestrebt war, und der Beamten- und Arbeiterchaft nichts vorzuzusetzen hat, was mit Rücksicht auf andere notwendige Teile der Bürgerwahl vertretbar war. Weil dabei aber manchmal die Meinungsverschiedenheiten nicht ausgeglichen waren, hat sich in einem Teil der Beamten- und Arbeiterkreise die Ansicht festgesetzt, daß es Bürgermeister Dr. Paul an dem für einen Ausgleich der Interessen erforderlichen Verständnis, vielleicht auch an dem guten Willen fehle. Geringfügige Zusammenkünfte erhielten die Spannung. Es soll an dieser Stelle gar nicht untersucht werden, inwieweit auf Seite der Beamten oder Arbeiter die Konfliktsituation erweitert worden ist. Es mag sein wie es will: Mit solchen Meinungsänderungen kann die Zurechtweisung eines arbeitsfähigen, arbeitsfreudigen und pflichtvollen Bürgermeisters nicht gerechtfertigt werden. Die Interessen der städtischen Beamten und Arbeiter sind zwar ein Teil der städtischen Interessen. Aber die Bürgerwahl hat auch noch andere Interessen. Es wirklich das Vertrauen zwischen Dr. Paul und der Beamten- und Arbeiterchaft nicht mehr herzustellen, so mag ein anderer Bürgermeister diesen Verwaltungszweig übernehmen. Bürgermeister Dr. Paul aber muß der Stadterweiterung für die übrigen Gebiete, auf denen er sich als ausgezeichneter Arbeiter gezeigt hat, erhalten bleiben. Um die Bürgermeisternamen in unter den für diese Ämter besonders geeigneten Männern sein so großer Bekanntheit, daß man sich eines bewährten Mannes leicht finden könnte, und je mehr Parteihörer und Interessengänger die Personen des Bürgermeisters der Würde ihrer Stellung entkleiden, um so spärlicher werden gerade die besten Köpfe sich um diese Ämter bewerben.

Weshalb liegt die Frage hinsichtlich der Wahl des Oberbürgermeisters. Mit Neugierigkeiten und mehr oder weniger unternommenen Eigenschaften des bisherigen Oberbürgermeisters Siegrist hat die öffentliche Kritik sich befaßt. Auch hier lautet aber die merkwürdigerweise bisher übergangene Hauptfrage: Hat die Entlassung der Stadt Karlsruhe unter der derzeitigen obersten Leitung der Verwaltung die erwünschte Richtung genommen, oder sind Verhältnisse oder Mißgriffe vorgekommen, auf Grund deren eine Wiederwahl des Oberbürgermeisters bedenklich erschien? Einzig und allein an den Ergebnissen der Wirksamkeit leitender Persönlichkeiten kann deren Leistungsfähigkeit und Brauchbarkeit erkannt werden. Herr Siegrist wurde im Jahre 1906 als Nachfolger Schlegel's zum Oberbürgermeister gewählt. Er hatte damals schon die Erfahrungen einer sechsjährigen Tätigkeit im Dienst der Stadt für sich. Mit dem richtigen Weltbild hat er eine seiner Hauptaufgaben in der Gemartungs- und Stadterweiterung erblickt und hat diese Aufgabe bis zum heutigen Tag erfolgreich durchgeführt. Das Gemartungsgebiet ist dadurch von 2100 ha auf 4500 ha angewachsen. Grundbesitz, Vermögen und Steuerleistung wurden vermehrt und gesteigert. Rheinbahn, Gaswerk und Elektrizitätswerk erhielten auf diese Weise die günstigsten Bedingungen für die eigene Entwicklung und Leistungsfähigkeit, jedoch selbst die Rückschlüsse der Kriegsjahre die glänzende Entwicklung nicht ganz zum Stillstand bringen konnten. Die Rheinbahnvermehrung wurde auch in der Kriegszeit fortgesetzt, Bauten wurden fertiggestellt, die Milchkentrale wurde eingerichtet, die Handwerkerzunftgenossenschaft gegründet und neue Unternehmungen der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung des Karlsruher Gemeinwesens, die auch dem Blick ferner Lebenden nicht verborgen bleiben, und die ohne die rastlose umfängliche Arbeit der leitenden Persönlichkeiten von den städtischen Kollegien, Beamten und Arbeitern nicht hätten aufgewiesen werden können. Demgegenüber können Beschwerden über Einzelheiten des inneren Dienstes nicht ein solches Gewicht beanspruchen, daß eine Wiederwahl abzulehnen wäre. Ein harmonisches Verhältnis zwischen der obersten Leitung der Verwaltung und der Beamtenchaft ist allerdings unerlässlich. Zur Herstellung eines solchen wird der Stadtrat Mittel und Wege finden. Mehr wie bisher ist Fühlung zwischen dem Stadtrat und der Beamtenchaft erforderlich.

Lassen wir also den Oberbürgermeister und die beiden Bürgermeister, deren Amtsdauer abgelaufen ist, auch fernerehin auf ihrem Posten, die sie mit gutem Erfolg bekleidet haben. Die Bürgerwahl wird sicher einen größeren Vorteil haben, als wenn in diesen an sich so schweren Uebergangsjahren neue Männer — sie mögen noch so tüchtig sein — sich erst einarbeiten müßten, und die Erfahrungen der bisherigen leitenden Persönlichkeiten nicht mehr nutzbar wären. Was einer Partei recht ist, sollte doch sicher auch der Allgemeinheit billig sein. Die Sozialdemokratie hat als einzige Partei alle ihre alten Stadträte wiedergewählt, obgleich sie doch gewiß noch über manche für dieses Amt brauchbare, nicht minder tüchtige Kraft verfügt. Sie weiß also den Wert der im Lauf der vergangenen Zeit gesammelten Erfahrungen für die Zukunft sehr wohl einzuschätzen und sollte deshalb auch dem Oberbürgermeister und den Bürgermeistern, die den Beweis erbracht haben, daß sie keine einseitige Parteilichkeit treiben, sondern nur dem Wohle der Gesamtheit zu dienen beabsichtigt sind, ihr Vertrauen nicht entziehen.

Die berechtigte Forderung des Zentrums und der Sozialdemokratie nach Ueberlassung je eines Bürgermeisterpostens muß gleichwohl ohne Zwang erfüllt werden. Hierfür sind zwei neue Bürgermeisterstellen zu errichten. Zentrum und Sozialdemokratie verhalten sich diesem Gedanken gegenüber teilweise ablehnend, weil sie befürchten, in der Bürgerwahl möchte hieraus der Schluß gezogen werden, man habe nur, um Parteimünze zu befriedigen, neue Stellen geschaffen. Aber auch in der Stadterweiterung in den letzten Jahren mitgewirkt hat, der weiß, daß sämtliche Bürgermeister mit Arbeit beauftragt sind, daß die Errichtung einer weiteren Stelle schon vor Jahresfrist als wünschenswert bezeichnet worden ist. Ist diese Stelle aber geschaffen, so können die Bürgermeister noch länger nicht sofort entlassen werden, daß sie von aller Kleinarbeit befreit sein werden, und daß die Aufreihung ihrer Arbeitskraft auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt wird. Nun kommt aber dazu, daß der Geschäftsstand des Vorstandes des Jugendamtes, Kaufmanns- und Gewerbegerichts so stark angewachsen ist, daß auch hier bestimmte Arbeitsgebiete abgetrennt und einem besonderen Mitarbeiter übertragen werden müssen. Es kommt weiter hinzu, daß die Staatsverwaltung den Städten neue Aufgaben überweisen wird, z. B. auf dem Gebiet der Polizei. Und endlich ist zu berücksichtigen, daß eine Bürgermeisterstelle einem Techniker übertragen werden soll. Diesem technischen Bürgermeister werden in erster Linie rein technische Aufgaben zugeteilt sein. Die übrigen Zweige der Verwaltung wird er kaum entlasten können. Diese Gestaltung der Dinge zwingt zur Errichtung weiterer leitender Stellen, und wenn die jetzt nicht errichtet werden, so wäre die Errichtung nur eine Frage kurzer Zeit. Denn wie sollte anders der neue umfangreichere Verwaltungsdienst bewältigt werden, wenn man sich auf die bisherige Zahl der Bürgermeister beschränkt und zwei der Stellen ganz neuen Leuten übertragen wollte. Wir finden also in kürzester Frist doch vor der Notwendigkeit, neue Stellen zu errichten, und die Mittel hierfür zu bewilligen, und hätten, wenn die bisherigen Bürgermeister nicht mehr gewählt werden würden, der Bürgerwahl völlig überflüssigerweise die Ruhegehälter für 2 oder 3 Bürgermeister aufzubehalten.

Meine feste Überzeugung ist es, daß die berufenen Vertreter der Bürgerchaft unserer Stadt den besten Dienst erweisen, wenn sie sich auf diesem Konfrontiv zusammenfinden. Die rein geschäftsmäßige Einmündung, 1 Oberbürgermeister und 5 Bürgermeister seien für eine Stadt von 140 000 Einwohnern zweifellos, ist deswegen nicht haltbar, weil es gleichgültig ist, ob die neuen Arbeitskräfte, deren Anstellung nun einmal sachlich begründet und notwendig ist, Bürgermeister oder bezahlte Stadträte sind. Die Hauptsache ist, daß der Oberbürgermeister und der Stadtrat die geschäftliche Verantwortung für sie übernehmen und ihnen im Uebrigen selbständige Arbeit überlassen können. Die vorgeschlagene Lösung wird bei objektiver Beurteilung der Sache auf allen Seiten befriedigen, und wird vor allem den Gang der städtischen Verwaltung von dem lähmenden Druck, den die jetzige Unübersichtlichkeit verbreitet, befreien. Mit der Neuordnung wird auch ein neuer, frischer Zug in die Verwaltung kommen, und die Bürgerwahl wird es nicht bereuen, neben den bisherigen bewährten Leuten auch neuen tüchtigen Männern freie Bahn gemacht zu haben.

W. Frey, Stadtrat.

Chlorodont Zahnpaste macht die Zahne bleichend weiß, wirkt antiseptisch, beseitigt Zahnstein sowie üblen Mundgeruch. Überall erhältlich.

Ratten, Mäuse, Käfer, Wanzen etc. besetzen wir mittelst unseren unübertroffenen Vertilgungsmitteln. Abonnement für Hausbesitzer.

D. V. G. U. Anton Springer Karlsruhe, Ettlingerstrasse 51, Telephon 2340.

Statt Karten. Olga Seligmann Leo Loeb, Zahnarzt Variobis Karlsruhe Kreuzstr. 6 Harrenstr. 14 Juni 1919.

Berta Kohlmann Artur Lauer Karlsruhe. Verlobte. Pfingsten 1919.











